

Zangenangriff von rechts und links

Kritik an der „deutschen Erinnerungskultur“ kommt gerade von der AfD sowie von Postkolonialisten.

Umso wichtiger wird der Rückblick auf ihre Entstehung. Von Norbert Frei

In den ersten Apriltagen 1945, das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa war noch einen Monat entfernt, schrieb Golo Mann von „somewhere in Luxembourg“ nach Pacific Palisades. Als Offizier in amerikanischer Uniform hatte der zweite Sohn von Katia und Thomas Mann eine Erkundungstour im schon seit Längerem besetzten Rheinland unternommen und dabei festgestellt: Die Deutschen übten sich bereits in Schulabwehr und Selbstmitleid. „Ja, ja, now the innocent must suffer for the guilty“, zitierte er in dem auf Englisch verfassten Brief an seine Mutter aus den Gesprächen. „But where are the guilty?“ hatte er zurückgefragt – und zur Antwort bekommen: „O, they are gone, there were never many of them, you see, I am a catholic.“

„Niemand will Nazi gewesen sein“, lautete der Tenor der Berichte, die auch amerikanische Kriegskorrespondentinnen wie Martha Gellhorn und Margaret Bourke-White, teils empört, teils fassungslos, nach Hause schickten. So verlogen und feige die meisten Deutschen den vorrückenden Alliierten damals erschienen (Golo Mann immerhin hatte „a few good people too“ getroffen, die dann auch gut über seinen Vater sprachen): In ihrer überall anzutreffenden Bereitschaft, schon im Moment der Niederlage auf Distanz zu jenem Regime zu gehen, dessen Durchhalteparolen sie eben noch gefolgt waren, lag auch eine Chance.

Denn darum musste es in den folgenden Jahren im besetzten Deutschland ja gehen: um die Trennung der vormaligen Partei- und „Volksgenossen“ vom Glauben an ihren verflissenen, „Führer“ und an die Ideologie des „Dritten Reiches“. Allein mit den Nürnberger Prozessen, einer zeitweiligen Internierung der NS-Funktionseilten („automatic arrest“) und dem bürokratischen Massenverfahren der Entnazifizierung war das nicht zu machen. Um die Freiheit in Deutschland wiederzuerlangen, die Thomas Mann seinen „deutschen Hörern“ im Sommer 1942 in Aussicht stellte – damals selbst noch im Glauben, seine einstigen Landsleute seien „in das Eisen des Terrors geschirrt“ –, bedurfte es noch anderer Mittel. Die Deutschen für kollektiv schuldig zu erklären, wozu der 1936 von den Nazis Ausgebürgerte in begrifflichen Zorn und Entsetzen über die sich verdichtenden Nachrichten vom Mord an den Juden und all die anderen Verbrechen bald neigte, war kein aussichtsreicher Weg. Im Gegenteil lieferten Pauschalvorwürfe vielen Deutschen nach Kriegsende nur den willkommenen Anlass, jegliche persönliche Schuld oder Mitverantwortung zurückzuweisen.

Die Amerikaner legten größten Wert auf „Reeducation“

Vonnöten war also Aufklärung. Tatsächlich legten besonders die Amerikaner in ihrer Besatzungszone von Anfang an größten Wert auf „Reeducation“: mit Rundfunksendern, bei denen Remigranten und erwiesene Hitler-Gegner den Ton setzten; mit neuen Zeitungen, in denen handverlesene (und trotzdem politisch nicht immer unbelastete) Lizenzträger Verantwortung übernehmen; mit „Town Hall Meetings“, auf denen Demokratie als Graswurzel-Bewegung eingeübt wurde. Bald schon kamen für politisch engagierte junge Leute Reiseprogramme in die USA hinzu. Die meisten von ihnen kehrten mit einer lebenslangen Sympathie für das Land und den „American Way of Life“ ins Nachkriegsdeutschland zurück.

Ohne die großzügige, umsichtige und nachhaltige Unterstützung durch die Amerikaner – materiell wie ideell – wäre der Start der zweiten deutschen Demokratie gewiss nicht so leicht gelungen, wie es im Rückblick den Anschein haben mag. Dass das Grundgesetz 2024 ein Dreivierteljahrhundert alt wird, war bei seiner Verabschiedung 1949 kaum zu erhoffen – und noch weniger, dass es als Vorbild für eine Reihe von Verfassungen dienen würde, die vor und nach 1989 im post-diktatorischen Europa, aber auch in Lateinamerika entstanden. Richtig ist allerdings auch: Schon 1956 erschien das Buch eines Schweizer Publizisten, dessen verblüffend optimistischer Titel alsbald zum geflügelten Wort werden sollte: „Bonn ist nicht Weimar“.

Aufs Ganze gesehen, gelang die Transformation der vormaligen Hitler-Deutschen in die Bürgerrepublik der Bundesrepublik ziemlich rasch. Dass die meisten Deutschen von Anfang an bereit waren, demokratische Parteien zu wählen, machte sie noch nicht zu überzeugten Demokraten, eröffnete aber die Chance für einen fortschreitenden Sinneswandel. Und in dem Maß, in dem die neue Demokratie als ein auch ökonomisch und sozialpolitisch in die Zukunft weisendes Staatsgebilde erschien, wuchs ihr weiteres Vertrauen zu.

Gleichwohl gilt die simple Erfolgsgeschichte, wie sie bereits seit den 1980er Jahren – und mit neuer Inbrunst nach dem Fall der Mauer – erzählt wurde, inzwischen nicht nur in der Zeitgeschichtsforschung

als überholt. Gründe dafür gibt es mehr als genug. Demokratiepolitisch derzeit am wichtigsten sind die unübersehbare Erosion des Systems der Volksparteien und die sich verfestigenden Erfolge der AfD; für die 2024 anstehenden Wahlen in drei ostdeutschen Bundesländern werden der mittlerweile eindeutig rechtsradikalen, in Teilen vom Verfassungsschutz beobachteten Partei bis zu ein Drittel der Stimmen vorausgesagt. Hinzu kommen die lange Zeit teils verkannte, teils ignorierte Existenz eines mörderischen Rechtsterrorismus sowie die inzwischen bis in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft vorgedrungene Demokratieverachtung und ein auf allen Seiten wachsender Antisemitismus.

Angesichts dieser Problemlagen stellt sich die Frage nach den Defiziten in der Entwicklung der bundesdeutschen Demokratie, die im Schatten ihrer äußeren Stabilität und ihres ökonomischen Erfolgs entweder überdauert oder sich erneuert haben. Das Faktum, dass Rechtspopulismus und Nationalismus derzeit nicht nur fast überall in der westlichen Welt, sondern buchstäblich rund um den Globus auf dem Vormarsch sind, nimmt dieser Frage nichts von ihrer Bedeutung. Denn vor dem Hintergrund der völkermörderischen Geschichte Deutschlands behält die Frage ihr besonderes Gewicht.

„Wir haben von den Dingen gewusst“, hatte Bundespräsident Theodor Heuss 1952 am gerade errichteten Mahnmal im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen gesagt – und damit all jenen Deutschen widersprochen, die sich auch sieben Jahre nach dem Ende des „Dritten Reiches“ noch als ahnungslose Opfer Hitlers sehen wollten. Zwar gebe es, so Heuss, keine Kollektivschuld, aber „etwas wie Kollektivscham ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben“. Mit dieser Erklärung setzte das Staatsoberhaupt den Ton und die Maßstäbe für den Umgang mit dem erst viel später sogenannten Holocaust und den weiteren deutschen Verbrechen. Er tat dies in einer für seine Landsleute schonenderen Sprache, als Thomas Mann sie während des Krieges benutzt hatte, aber politisch-moralisch doch kaum weniger klar. Heuss bahnte damit den Weg für jene selbstkritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die aus zähen Anfängen heraus in den Sechzigerjahren Fahrt aufnahm und schließlich zu einem Charakteristikum der politischen Kultur, ja der Identität der Bundesrepublik geworden ist.

Seit etwa zwei Jahrzehnten steht dafür der Begriff „Erinnerungskultur“. Doch die Zeiten hoher Zustimmungswerte für die damit bezeichnete Aufgabe scheinen vorbei zu sein: Inzwischen gibt es nicht mehr nur eine im Grunde wohlmeinende Skepsis ob der mangelnden Klarheit des Begriffs, sondern auch eine radikale politische Kritik an der Sache selbst. Sie kommt wie ein Zangenangriff von der radikalen Rechten und der postkolonialen Linken.

So haben sich führende Vertreter der AfD die altbekannte These zu eigen gemacht, wonach die fortgesetzte Auseinandersetzung mit der dunklen Vergangenheit einer „selbstbewussten Nation“ zum Nachteil gereiche. Im politischen und ökonomischen Ringen der Mächte, so behaupten sie, schwächten uns außerdem die noch immer laufenden Wiedergutmachungsleistungen. Angesichts einer glanzvollen tausendjährigen Geschichte Deutschlands sei die NS-Zeit lediglich ein „Vogelschiss“. Nötig sei eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“, um den „Gemütszustand eines besiegten Volkes“ zu überwinden.

In solchen Sätzen schwingt ein kaum verhohlener Antisemitismus mit, der sich in ähnlicher Weise auch bei manchen postkolonialen Kritikern des deutschen Holocaust-Gedenkens zeigt. So etwa, wenn behauptet wird, die Deutschen entsprächen damit nur den Forderungen von „amerikanischen, britischen und israelischen Eliten“ und missachteten darüber die Erinnerung an andere Gruppen, die ihrem Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus zum Opfer gefallen seien.

Niemand, der in Deutschland die Ethik des Erinnerens und die Verpflichtung auf die Menschenrechte ernst nimmt, wird behaupten, dass mit der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit schon alle Aufgaben erfüllt sind, die sich den Deutschen im Blick auf ihre Geschichte stellen. Aber genauso klar muss sein, dass die Vergegenwärtigung dieses Teils unserer Geschichte nicht abgebrochen werden kann und muss, weil – völlig zu Recht – neue Perspektiven hinzukommen. Wenn der Satz Gültigkeit behalten soll, dass die Deutschen nach 1945 aus ihrer Geschichte gelernt haben, bleibt die Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte vor 1945 eine unabschließbare Aufgabe.

Norbert Frei, geboren 1955 in Frankfurt am Main, ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena. Sein Beitrag erscheint im Rahmen der Programmreihe „50 Voices for Democracy“ von Villa Aurora & Thomas Mann House Los Angeles mit „Süddeutscher Zeitung“, Deutschlandfunk und „Los Angeles Review of Books“.